

## Antrag

der CDU-Fraktion

### **Verantwortung der Landesregierung für eine Stabilisierung und Verringerung der hohen Strompreise in Brandenburg**

Der Landtag möge beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass den Entwicklungen in der Energiepolitik eine hohe Priorität beizumessen ist. Der Umbau unserer Energiesysteme berührt dabei das Herz-Kreislauf-System der Brandenburger Volkswirtschaft in besonderer Weise: Es geht schlicht um die mittel- bis langfristige Bezahlbarkeit von Energie für Menschen und Unternehmen, also um die Wettbewerbsfähigkeit Brandenburgs in der Zukunft.

Dieser Umstand muss sich vor allem in strategischen Zielformulierungen, im legislativen und administrativen Handeln widerspiegeln. Der Landtag und die Landesregierung Brandenburg tragen hierfür eine besondere Verantwortung, die von Vernunft und Weitsicht getragen sein sollte. Dabei sind unkoordinierter Aktionismus einerseits sowie untätiges Aussitzen andererseits mit Sicherheit die falschen Vorgehensweisen. Wir brauchen vielmehr eine sichere, saubere und bezahlbare Energieversorgung mit einer verlässlichen, berechenbaren und akzeptierten Perspektive, die europäisch und international verankert ist – und marktwirtschaftlichen Prinzipien gerecht wird.

Betrachten wir die energiepolitischen Entwicklungen in Brandenburg müssen wir konstatieren: Nicht alles ist schlecht, aber Entscheidendes läuft aus dem Ruder!

Der Landtag stellt daher weiterhin fest, dass die Strompreise in Brandenburg für den privaten Verbraucher und die einheimischen Unternehmen in den letzten Jahren ein Spitzenniveau innerhalb der Bundesrepublik Deutschland erreicht haben. Dies stellt alle volkswirtschaftlichen Sektoren Brandenburgs vor enorme Herausforderungen. Die Gespräche der Bundesregierung zur Einführung einer Strompreisbremse waren dabei der richtige und sinnvolle Weg.

Die Landesregierung wird daher aufgefordert, dem Landtag Brandenburg bis Ende 2013 darzulegen:

1. welche Kompromisse sie in den Gesprächen mit den anderen Bundesländern und der Bundesregierung für die Festschreibung der EEG-Umlage auf 5,227 cent/Kilowattstunde und einen maximalen jährlichen Anstieg der Umlage auf 2,5 Prozent vorgeschlagen hat,
2. welchen Steuerungsrahmen sie installieren wird, um den unkoordinierten Ausbau von alternativen Energieformen in Brandenburg endlich zu stoppen. Bereits jetzt behindern sich die Perspektiven alternativer Energieformen gegenseitig und führen zu volkswirtschaftlichen Fehlallokationen, deshalb hat der Bundesumweltminister Peter Altmaier in seinem 10-Punkte-Programme eine Harmonisierung der Ausbauziele für Bund und Länder vorgeschlagen,

3. welche Maßnahmen sie für nötig erachtet bzw. welche Maßnahmen sie bereits ergriffen hat, um die Bezahlbarkeit von Energie für die Menschen und Unternehmen in Brandenburg langfristig sicherzustellen,
4. inwieweit sich die demographische Entwicklung des Landes Brandenburg bis 2030 vor dem Hintergrund der notwendigen Investitionen im Energiesektor auf die Zielstellung der Bezahlbarkeit von Energie auswirkt und welche Gegensteuerungsmaßnahmen für nötig erachtet werden,
5. wie die vollständige Wertschöpfungskette von der Energieversorgung über -speicherung und -verteilung bis zum Verbrauch in Brandenburg langfristig abgebildet werden soll.

### Begründung

Das Land Brandenburg liegt im Bundesvergleich bei den Strompreisen regelmäßig an der ersten Stelle. Auch nach den entsprechenden Prognosen von Internet-Vergleichsportalen für das Jahr 2013 werden die Menschen hier die höchsten Preise für Strom bezahlen müssen.

Die Landesregierung kann innerhalb des Gesamtsystems der Energieversorgung ihre Verantwortung wahrnehmen, um brandenburgverträgliche Rahmenbedingungen zu schaffen und so dafür Sorge zu tragen, dass die Verbraucher und die Unternehmen im Land von einem stabilen Strompreisniveau langfristig profitieren können.

Dabei spielt Anpassung der räumlichen Verteilung der Erneuerbaren Energien an die realistischen Rahmenbedingungen, wie Akzeptanz, Einwohnerzahlentwicklung, Eignung und Anbindung an Stromleitungen eine herausragende Rolle.

Dieter Dombrowski  
für die CDU-Fraktion